

Antrag Nr. 1

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 178. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 9.11. 2022**

**Wann wenn nicht jetzt: Sofortiger Umbau
der kommunalen und regionalen
Energieversorgungssysteme**

„Das (Energie-)System erlebt einen Schock“, so selbst der Vermögensverwalter Pictet Wealth Management. Es besteht dringender Handlungsbedarf, für den es allerdings auch nicht in jeder Facette erst Regelungen des Bundes abzuwarten braucht, sondern zugleich die kommunalpolitischen Hebel der bestehenden regionalen und kommunalen Energieversorgungsunternehmen der öffentlichen Hand in Anschlag zu bringen sind.

Gleichzeitig rächen sich dahingehend auch die Versäumnisse der Vergangenheit, samt der laschen energetischen Transformation. Denn die Stadt und Wien Energie haben es, verglichen etwa mit Kopenhagen, sträflich verabsäumt die brachliegenden sowohl alternativen wie grünen Energiequellen zu erschließen. Ein kurzfristig gangbarer Schritt in diese Richtung wäre allein schon die systematische Erschließung der ungenutzt verpuffenden Abwärme der Krankenhäuser, Großküchen und Produktionsstätten der Stadt. Damit ließe sich nicht nur der geringen Eigenproduktion, mangelnden Resilienz gegen Weltmarktverwerfungen und überbordende Börsenabhängigkeit kommunal gegensteuern, sondern zudem eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen des Energiesektors erwirken.

Die öffentlichen und privaten Betriebe, Einrichtungen sowie Abwärmeerzeuger sind allesamt bekannt und ließen sich als örtlich verfügbare Energieressourcen kurzfristig als Prozesswärme für Fernwärmenetze nutzen. Damit stünden sie nicht nur zum sofortigen Verbrauch zur Verfügung, sondern stabilisierten darüber hinaus auch das Energiesystem beträchtlich und wären ein wichtiger Baustein Richtung Schließung der Energiekreisläufe und dezentralerem Energiesystem samt regionalisierter Einspeisungen.

Nichts hinderte und hindert die Stadt Wien daran, eine diesbezügliche kommunale Vorreiterrolle zu übernehmen und z.B. sofort dahingehende Verträge mit (den) energieintensiven Betrieben sowie etwa insbesondere auch dem WiGeV (früheren KAV) zu

schließen und Nägel mit Köpfen zu machen. Das wäre zugleich ein bedeutender unmittelbar erster Schritt des neu eingerichteten Energiekrisenstabs (Fachgremium in Sachen Energieversorgung) das sich selbst einem „strategischen, überlegten Ausbau“ verpflichtet erklärt hat.

Die bestehenden kommunalen und regionalen Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerke der öffentlichen Hand, wie die Wien Energie, könnten zudem über eine gleichzeitige stabile und sozial ausgerichtete günstige Basisversorgung der Bevölkerung mit Energie hinaus, mit ihren energiepolitischen Hebeln ebenso schon heute bis zu einem gewissen Grad die Preisexplosion eindämmen. Beispielsweise über Verträge mit Bäckereien und anderen Erzeugern oder Händlern der Güter des täglichen Bedarfs, die diesen niedrigere Energiepreise gewähren, sie dafür im Gegenzug allerdings auch zu entsprechend niedrigeren Verkaufspreisen verpflichten und das auch einer effektiven Kontrolle unterwerfen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Die AK Wien fordert eine sofortige Nutzung der kommunalpolitischen Hebel der Stadt für eine sozial ausgerichtete, günstige Basisversorgung der Wiener Bevölkerung, sowie zur Eindämmung der Preisexplosion, eine energetische Transformation, die Schließung der Energiekreisläufe und verstärkter dezentrale Zusatzeinspeisungen ins Energienetz!
- Die AK Wien fordert eine rasche systematische Erschließung der ungenutzt verpuffenden Wärme durch die Wien Energie!

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich